

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
<b>Teil 1: Einführung .....</b>	<b>1</b>
I. Entstehung des abgekürzten Verfahrens .....	1
1. Situation vor Einführung der StPO .....	1
2. Entstehungsgeschichte der Art. 358 ff. StPO .....	2
II. Ablauf des abgekürzten Verfahrens .....	5
1. Entscheid über Antrag und Verständigung .....	5
2. Anklageschrift .....	6
3. Hauptverhandlung .....	7
4. Urteil oder ablehnender Entscheid .....	8
5. Rechtsmittel .....	9
III. Dogmatische Kritik am abgekürzten Verfahren .....	10
1. Legalitätsprinzip .....	10
2. Untersuchungsgrundsatz .....	11
3. Nemo-tenetur-Grundsatz .....	12
4. Grundsatz «in dubio pro reo» und freie Beweiswürdigung .....	13
5. Unmittelbarkeitsgrundsatz .....	14
6. Öffentlichkeitsgrundsatz .....	15
7. Beschleunigungsgebot .....	15
8. Gleichbehandlungsgrundsatz .....	16
9. Würdigung .....	17
IV. Probleme bei abgekürzten Verfahren mit Mitbeschuldigten .....	18
V. Erkenntnisinteresse und Gang der Untersuchung .....	20
<b>Teil 2: Allgemeines zum abgekürzten Verfahren .....</b>	<b>23</b>
I. Anwendungsbereich .....	23
II. Voraussetzungen .....	25
III. Charakteristika .....	26
1. Verkürzung und Vereinfachung .....	27
2. Absprache/Plea Bargaining .....	28
2.1 Allgemeines .....	28
2.2 Inhalt und Umfang der Absprache .....	30
a Entgegenkommen der Staatsanwaltschaft .....	30

b Entgegenkommen der (mit-)beschuldigten Person .....	34
2.3 Verstoss gegen Art. 140 Abs. 1 StPO («Versprechen»)? .....	36
a Bedeutung des Terminus «Versprechen» .....	36
b Versprechen eines (un-)zulässigen Vorteils? .....	37
2.4 Protokollierung des Absprachevorgangs .....	38
2.5 Absprachen vor Gericht? .....	39
IV. Verteidigung im abgekürzten Verfahren .....	42
1. Notwendige Verteidigung gemäss Art. 130 lit. e StPO .....	42
2. Doppelvertretung .....	44
2.1 Im Allgemeinen .....	44
2.2 Im abgekürzten Verfahren .....	46
<b>Teil 3: Mitbeschuldigte im Strafprozess .....</b>	<b>49</b>
Kapitel 1: Die beschuldigte Person .....	50
I. Gesetzliche Regelung und Darlegung der Rechtsposition .....	50
II. Beginn und Ende der Stellung als beschuldigte Person .....	51
Kapitel 2: Die mitbeschuldigte Person .....	51
I. Definition .....	51
II. Abgrenzung der (mit-)beschuldigten Person von anderen Rollen .....	52
1. Abgrenzung zum Zeugen .....	53
2. Abgrenzung zur Auskunftsperson .....	53
2.1 Allgemein .....	53
2.2 «Mitbeschuldigtennahe» Auskunftspersonen .....	54
Kapitel 3: Verfahrenseinheit oder Verfahrenstrennung? .....	56
I. Verfahrenseinheit als Grundsatz .....	56
1. Gesetzliche Regelung des Art. 29 StPO .....	56
2. Gerichtsstand gemäss Art. 33 StPO .....	56
II. Verfahrenstrennung als Ausnahme .....	57
1. Gesetzliche Regelung von Art. 30 StPO .....	57
1.1 «Sachliche Gründe» gemäss Art. 30 StPO .....	58
a Allgemein .....	58
b Spezialfall: Zwingende Verfahrenstrennung, falls (nur) einer der Mitbeschuldigten das abgekürzte Verfahren wählt? .....	59
Kapitel 4: Teilnahmerecht der mitbeschuldigten Person an Einvernahmen ..	60
I. Ausgangslage .....	60
II. Aktueller Stand .....	61
III. Kritik .....	63

IV.	Recht auf Teilnahme am Absprachevorgang? . . . . .	64
1.	Unterscheidung des Absprachevorgangs von der Einvernahme . . . . .	64
2.	Möglicher Inhalt der Absprache . . . . .	65
3.	Absprachevorgang als Beweiserhebung? . . . . .	65
4.	Konsequenz der Bejahung des Teilnahmerechts . . . . .	67
<b>Teil 4: Probleme des abgekürzten Verfahrens bei Mitbeschuldigten . . . . .</b>		69
Kapitel 1: Rolle der einen mitbeschuldigten Person im abgetrennten Verfahren der anderen . . . . .		69
I.	Rolle des Mitbeschuldigten bei zeitgleichen separaten Verfahren . . . . .	70
1.	Grundsatz: Gesetzliche Regelung nach Art. 178 lit. f StPO . . . . .	70
2.	«Ausnahme»: Gemeinsame Untersuchungshandlungen . . . . .	71
II.	Rolle der einen mitbeschuldigten Person im separaten und nicht zeitgleichen Verfahren der anderen . . . . .	72
1.	Gründe für nicht zeitgleiche Verfahren . . . . .	72
2.	Einvernahme als Auskunftsperson . . . . .	72
3.	Fazit . . . . .	76
III.	Exkurs: Verwertungsrechtliche Folgen einer falschen Rollenzuteilung . . . . .	77
1.	Bei der (mit-)beschuldigten Person . . . . .	77
2.	Bei der Auskunftsperson . . . . .	78
3.	Beim Zeugen . . . . .	79
Kapitel 2: Verletzung des Rechtsgleichheitsgebots . . . . .		79
I.	Umfang des Rechtsgleichheitsgebots . . . . .	80
1.	Regelung auf nationaler und internationaler Ebene . . . . .	80
2.	Anwendungsbereich . . . . .	81
2.1	Persönlich . . . . .	81
2.2	Sachlich . . . . .	82
2.3	Örtlich . . . . .	83
3.	Inhalt des Rechtsgleichheitsgebots . . . . .	84
3.1	Im Rahmen der Rechtsetzung . . . . .	84
3.2	Im Rahmen der Rechtsanwendung . . . . .	85
II.	Probleme bei mitbeschuldigten Personen im abgekürzten Verfahren . . . . .	86
1.	Mögliche Fälle von sachlich ungerechtfertigter Gleich- oder Ungleichbehandlung . . . . .	86
1.1	Von der Staatsanwaltschaft ausgehende Verurteilung in unterschiedlichen Verfahrensarten . . . . .	86
1.2	Unterschiedliche Abspracheinhalte . . . . .	87
1.3	Vom Gericht ausgehende Verurteilung in unterschiedlichen Verfahrensarten . . . . .	88
2.	Vergleichbare Situation . . . . .	88

3.	Rechtfertigung einer Verletzung des Rechtsgleichheitsgebots . . . . .	88
4.	Sachliche Rechtfertigung für Gleich- oder Ungleichbehandlungen durch die Staatsanwaltschaft . . . . .	89
4.1	Unterschiedliche Entscheidungen der mitbeschuldigten Personen bzgl. Antragstellung, Geständnis, Anerkennung der Zivilforderungen und Ablehnung der Anklageschrift . . . . .	90
	a Fehlender Antrag . . . . .	90
	b Fehlendes Geständnis oder fehlende Anerkennung der Zivilansprüche . . . . .	93
	c Ablehnung der Anklageschrift . . . . .	94
4.2	Differenzierte Zustimmung der Staatsanwaltschaft . . . . .	95
	a Fehlende Zustimmung gemäss Art. 359 Abs. 1 StPO . . . . .	95
	b Forderung von mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe . . . . .	98
4.3	Differenzierte Ablehnung der Anklageschriften durch die Privatklägerschaft . . . . .	101
	a De lege lata: Unkontrollierbares Ermessen der Privatklägerschaft	101
	b Beschränkung des Ablehnungsrechts de lege ferenda . . . . .	102
	aa Unzulässige Ablehnungsgründe . . . . .	103
	bb Zulässige Ablehnungsgründe bezogen auf die Zivilforderung	104
4.4	Unterschiedliche Abspracheinhalte . . . . .	107
	a Belohnung des schnelleren Antragstellers? . . . . .	109
	b Ungenügende Verteidigung als sachlicher Grund? . . . . .	111
	c Geständnisbereitschaft als sachlicher Grund? . . . . .	112
	d Kombination der Ursachen und deren Auswirkungen . . . . .	113
5.	Sachliche Rechtfertigung für eine vom Gericht ausgehende Gleich- oder Ungleichbehandlung . . . . .	113
5.1	Differenziertes Urteil aufgrund der Rechtmäßigkeit gemäss Art. 362 Abs. 1 lit. a StPO . . . . .	114
5.2	Differenziertes Urteil aufgrund der Angebrachtheit gemäss Art. 362 Abs. 1 lit. a StPO . . . . .	115
5.3	Differenziertes Urteil hinsichtlich der Frage, ob die Anklage mit dem Ergebnis der Hauptverhandlung und mit den Akten übereinstimmt gemäss Art. 362 Abs. 1 lit. b StPO . . . . .	116
5.4	Differenziertes Urteil bzgl. der beantragten Sanktionsfolge gemäss Art. 362 Abs. 1 lit. c StPO . . . . .	117
III.	Rechtsmittel im abgekürzten Verfahren nach einer Verletzung des Rechtsgleichheitsgebots . . . . .	118
1.	Gegen die Staatsanwaltschaft . . . . .	119
1.1	Unterschiedliche Entscheidungen der mitbeschuldigten Personen bzgl. Antragstellung, Geständnis, Anerkennung der Zivilforderungen und Ablehnung der Anklageschrift . . . . .	119
1.2	Differenzierte Zustimmung der Staatsanwaltschaft . . . . .	119

a	Fehlende Zustimmung gemäss Art. 359 Abs. 1 StPO	119
b	Forderung von mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe	122
1.3	Differenzierte Ablehnung der Anklageschriften durch die Privatklägerschaft	125
1.4	Unterschiedliche Abspracheinhalte	126
2.	Gegen das Gericht	126
2.1	Darstellung der Problematik	126
2.2	Revisionsmöglichkeit	127
a	Gemäss Art. 410 Abs. 1 lit. a StPO	128
b	Gemäss Art. 410 Abs. 1 lit. b StPO	129
c	Gemäss Art. 410 Abs. 1 lit. c StPO	130
Kapitel 3: Kronzeugenproblematik		130
I.	Begriffliche Vorabklärung	130
1.	Interne und externe Kronzeugen	131
2.	Voraussetzungen einer Kronzeugenregelung	131
2.1	Kronzeugentat	131
2.2	Aufklärungstat und Aufklärungshilfe	132
2.3	Kronzeugenprivileg	132
2.4	Verknüpfung	133
II.	Fehlen einer Kronzeugenregelung	133
1.	Fehlen einer allgemeinen Kronzeugenregelung und die Bedenken gegenüber deren Einführung	133
2.	Fehlen einer spezifischen und für das abgekürzte Verfahren geltenden Kronzeugenregelung	135
3.	Zusammenfassung	136
III.	Versteckte unzulässige Kronzeugenregelung im abgekürzten Verfahren	137
1.	Kronzeugentat	137
2.	Aufklärungstat	137
3.	Aufklärungshilfe	138
4.	Kronzeugenprivileg	139
5.	Verknüpfung von Aufklärungshilfe und Kronzeugenprivileg	140
6.	Würdigung	140
IV.	Zulässige Kronzeugenregelung im abgekürzten Verfahren	141
1.	Ergänzte Kronzeugenregelung	141
1.1	Ergänzendes Merkmal	141
1.2	Begriffliche Vorabklärung	142
1.3	Vereinbarkeit mit der Kritik des Gesetzgebers und der Lehre	142
a	Vereinbarkeit mit dem Rechtsgleichheitsgebot	142
b	Vereinbarkeit mit dem Legalitätsprinzip	144
c	Fehlende Notwendigkeit eines Ermittlungsnotstands	144
d	Glaubwürdigkeit der Kronzeugenaussage	144

e Vereinbarkeit mit dem Schuldprinzip . . . . .	145
f Waffengleichheit . . . . .	145
1.4 Praktische Umsetzung . . . . .	146
2. Zusammenfassung . . . . .	147
<b>Kapitel 4: Erhöhte Gefahr von Fehlurteilen . . . . .</b>	<b>148</b>
I. Kritik im Schrifttum . . . . .	148
II. Quellen von Fehlurteilen im abgekürzten Verfahren . . . . .	149
1. Unvollständige Ermittlung der materiellen Wahrheit . . . . .	149
2. Absprachemöglichkeit . . . . .	150
3. Druck, sich auf ein abgekürztes Verfahren einzulassen . . . . .	150
4. Eingeschränkte Rechtsmittelmöglichkeiten . . . . .	151
III. Auswirkungen auf eine (einige) beschuldigte Person . . . . .	151
1. Verurteilung eines Unschuldigen . . . . .	152
2. Freispruch und zu milde oder zu harte Bestrafung eines Schuldigen . . . . .	155
IV. Auswirkungen auf mitbeschuldigte Personen . . . . .	157
1. Verurteilung eines Unschuldigen . . . . .	157
2. Freispruch und zu milde oder zu harte Bestrafung eines Schuldigen . . . . .	158
3. Zusammenfassung . . . . .	160
<b>Kapitel 5: Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse . . . . .</b>	<b>160</b>
I. Rollenzuteilung bei Einvernahmen von Mitbeschuldigten nach Verfahrenstrennung . . . . .	160
II. Verletzung des Rechtsgleichheitsgebots . . . . .	161
III. Kronzeugenproblematik . . . . .	162
IV. Fehlurteilsrisiko . . . . .	163
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	167
Literaturverzeichnis . . . . .	171
Materialien . . . . .	185